

GRÜNE Kreisverband Coesfeld diskutiert zu den heißen Themen „Fachkräftemangel“ und „mögliches AfD Verbotsverfahren“

Am 06.11. traf sich der Grüne Kreisverband Coesfeld zu seiner Mitgliederversammlung auf der Burg Vischering. Trotz anfänglich trüber Stimmung aufgrund des Wahlerfolgs von Trump in den USA und des Aus für die Ampel, hellte sich die Atmosphäre im Laufe des Abends auf.

Dennis Sonne (MdL): Initiative „Inklusion Münsterland“ verdeutlicht bisher ungenutzte Potenziale bei der Suche nach Fachkräften

Landtagsabgeordneter Dennis Sonne berichtete über die Fachkräftestrategie des Landes, insbesondere über die Inklusionsoffensive, die dafür sorgen soll, dass Menschen mit Behinderungen einen Platz auf dem Arbeitsmarkt finden. Er betonte: "Wir verschenken ein riesiges Potential, wenn wir diese Menschen nicht in unsere Arbeitswelt einbinden. Daher bin ich glücklich über die Initiative "Inklusion Münsterland", die bisher einzige Region, die sich dieses Ziel zur Aufgabe gemacht hat. Und dann noch in meiner Heimat, im Münsterland."

GRÜNE Kreismitgliederversammlung befürwortet Antrag zu einem möglichen AfD Verbotsverfahren

Im zweiten Teil der Mitgliederversammlung ging es um einen Beschluss zu einem möglichen AfD Verbotsverfahren. Nach einer ausführlichen Debatte, bei der sich zahlreiche Mitglieder und Gäste aus benachbarten Kreisverbänden zu Wort meldeten und unterschiedliche Gedanken und Standpunkte zu dem Thema zum Ausdruck brachten, forderte die Kreismitgliederversammlung die Abgeordneten des Kreises Coesfelds der Grünen in Bundestag und Landtag dazu auf, einen möglichst parteiübergreifenden Antrag zu initiieren bzw. zu unterstützen. Kreissprecherin und Bundestagskandidatin Hanna Hüwe erklärte: "Unsere Demokratie ist stark, aber sie ist auch verletzlich. Es braucht das Engagement und die Entschlossenheit aller Demokrat*innen, um unser freiheitliches und friedliches Zusammenleben zu bewahren. Wir Grüne im Kreis Coesfeld fordern unsere Abgeordneten und alle demokratischen Kräfte auf, sich dieser Herausforderung zu stellen. Ein gemeinsames Verbotsverfahren ist ein klares Bekenntnis für ein Deutschland, das Vielfalt und Zusammenhalt schützt, und in dem wir uns mutig gegen jede Form von Ausgrenzung und Radikalisierung stellen."